<https://www.anti-spiegel.ru/2021/die-wahren-gruende-fuer-die-anti-chinesische-politik-der-usa/>

6.7.2021

**Die wahren Gründe für die anti-chinesische Politik der USA  
Während Politik und Medien ihre zunehmend anti-chinesische Politik und Agitation mit den Fragen von Menschenrechten und Demokratie begründen, wird in Washington Klartext gesprochen.**  
von Anti-Spiegel   
  
Politik und Medien im Westen begründen den Kampf gegen China, dem sich nun neben den USA auch Nato und EU verschrieben haben, mit dem Kampf für Menschenrechte und Demokratie in China. Wer sich jedoch anschaut, was in Washington besprochen und vor allem welche Gesetze dort in Vorbereitung sind, der versteht, dass Themen wie die angebliche Unterdrückung der Uiguren, der Mangel an Demokratie in China oder die Fragen rund um Hongkong und Taiwan nur Sand sind, den man der Öffentlichkeit im Westen in die Augen streut, um die anti-chinesische Politik zu begründen.   
  
In den USA werden derzeit gleich mehrere Gesetze behandelt, die den Kampf gegen China zum Ziel haben. Auch hier berichtet die amerikanische Presse natürlich über Menschenrechte und ähnliches, dabei sind die Gesetzestexte und Diskussionen im US-Repräsentantenhaus viel ehrlicher. Es geht – so steht es teilweise sogar in den Gesetzen geschrieben – um nicht weniger als den Weltmachtsanspruch der USA. Das umfangreichste Gesetz, das derzeit diskutiert wird, ist der so genannte Eagle Act. Eagle ist dabei die Abkürzung für Ensuring American Global Leadership and Engagement (Globale Führungsrolle und Engagement der USA sicherstellen). Deutlicher kann man nicht sagen, worum es in Wahrheit geht.  
  
Die USA sehen sich als Herrscher der Welt an und ihr größtes Ziel ist, diese Weltherrschaft zu bewahren. Nur darum geht es in den von den USA mit China vom Zaun gebrochenen Streitigkeiten: Die USA sehen die Gefahr, ihre Weltherrschaft zu verlieren und in einer multipolaren Welt nur noch eine Großmacht unter mehreren zu sein.  
  
Aus diesem Grund hat US-Präsident Biden auf seiner Europa-Tour auch bei allen Treffen dafür gesorgt, dass der Kampf gegen China in die Abschlusserklärungen gekommen ist. So war es bei [Nato-Gipfel](https://www.anti-spiegel.ru/2021/die-wichtigsten-entscheidungen-des-nato-gipfels-im-ueberblick/) und auch beim [G7-Gipfel](https://www.anti-spiegel.ru/2021/wie-in-russland-ueber-das-treffen-der-g7-staaten-berichtet-wird/), und auch die EU geht auf Druck aus Washington und zum eigenen wirtschaftlichen Schaden zunehmend auf Konfrontationskurs gegen China.   
  
Die russische Nachrichtenagentur TASS hat dazu eine [interessante Analyse](https://tass.ru/mezhdunarodnaya-panorama/11825761) veröffentlicht, die die anti-chinesischen Gesetzesvorhaben der USA beleuchtet. Wer des Englischen mächtig ist, kann die genannten Gesetze googeln und sich anschauen, worum es bei ihnen und den Diskussionen dazu in den USA geht. Daher habe ich die Analyse der TASS übersetzt.  
  
*Beginn der Übersetzung:*  
**Die USA bezeichnen China als ihren Hauptrivalen. Wie wollen die Amerikaner gewinnen? Es geht nicht nur um Sanktionen und militärische Abschreckung**  
  
Letzte Woche feierte China den 100. Jahrestag der Gründung der Kommunistischen Partei Chinas. In seiner Rede sagte der chinesische Staatschef Xi Jinping, dass China seine Armee zu einer der stärksten der Welt machen müsse. Sein Aufruf kam vor dem Hintergrund der Bemühungen der USA, den Kurs gegenüber China zu festigen. Washington stellt zunehmend mehr Mittel zur Verfügung, um China zu konfrontieren, nicht so sehr im militärischen Bereich, sondern in Wissenschaft und Technologie.  
  
Die Konkurrenz mit China ist einer der wenigen Punkte, die Demokraten und Republikaner einen. Beide sind sich einig, dass Peking die Hauptbedrohung für die amerikanische Führung ist. Anfang Juni verabschiedete der US-Senat mit großer Mehrheit (68 zu 32 Stimmen) den U.S. Innovation and Competition Act of 21 (USICA), ein Dokument, das die US-Politik gegenüber China für die nächsten Jahre definieren wird.  
  
USICA sieht eine riesige Infusion von Bundesmitteln vor allem in die wissenschaftliche und technische Entwicklung der USA vor. Es geht um den Aufbau von Technologiezentren, die Erhöhung von Stipendien und Zuschüssen und sogar um den Kampf gegen den systemischen Sexismus in der wissenschaftlichen Gemeinschaft. Nur so kann das Land nach Ansicht der US-Gesetzgeber zu China aufschließen, das in der digitalen Entwicklung – von der Sphäre der künstlichen Intelligenz bis zur Weltraumforschung – deutlich erfolgreicher ist.  
  
Das Dokument des Senats wurde vom US-Präsidenten Joe Biden unterstützt, der es den „Wettbewerb um den Sieg im 21. Jahrhundert“ nannte. Das Staatsoberhaupt versprach, USICA zu unterzeichnen, wenn es vom Repräsentantenhaus gebilligt wird.  
  
**Der Zweck heiligt die Mittel**Nicht alle amerikanischen Politiker halten die Senatsvorlage für angemessen, selbst solche Politiker, die zustimmen, dass Peking eine ernsthafte Bedrohung für die USA darstellt. So sind sich beispielsweise die Republikaner Ted Cruz (aus Texas) und Rick Scott (aus Florida) sicher, dass die größte Gefahr für Amerika nicht so sehr von China ausgeht, sondern von der aufgeblähten Staatsverschuldung. Die Senatoren sind der Meinung, dass USICA zu viel Geld aus dem Haushalt fordert, das früher oder später zurückgezahlt werden muss.  
  
Präsident Biden scheint das nicht als Problem zu sehen. Seiner Meinung nach ist es besser, sich jetzt von dem Geld zu trennen, während die Kreditzinsen im Land niedrig sind, und es später zurückzuzahlen, wenn sich die Investition amortisiert hat. Seit er ins Weiße Haus eingezogen ist, scheut der amerikanische Staatschef nicht davor zurück, verschwenderisch mit den Staatsausgaben umzugehen. Er ist bereit, Billionen von Dollar für Infrastruktur, Bildung und den Kampf gegen den Klimawandel auszugeben. Die Konfrontation mit China, so der Präsident, sei auch eine wichtige strategische Investition.  
  
Der Senat hat 250 Milliarden Dollar für die Umsetzung des USICA-Gesetzes vorgesehen, wobei allein 52 Milliarden Dollar für die Halbleiterherstellung vorgesehen sind, um „die Abhängigkeit von chinesischen Unternehmen und Technologien zu bekämpfen.“  
  
**Jenseits der Wissenschaft**Seit 1990 ist der weltweite Anteil der USA an der Halbleiterfertigung von 37% auf 12% geschrumpft und der Mangel an Chips hat Schwachstellen in den Lieferketten offengelegt. Die meisten Mikrochips der Welt, die für die Fertigung von Computertechnik benötigt werden, werden in Taiwan hergestellt, einer de facto unabhängigen Insel, die China als sein Territorium betrachtet.  
  
In letzter Zeit hat die Rhetorik über die sogenannte taiwanesische Souveränität Peking besonders irritiert. Chinesische Flugzeuge dringen zunehmend in den Luftraum der Insel ein und das Auftauchen von US-Schiffen in der Straße von Taiwan hat chinesische Diplomaten verärgert. Auch Xi Jinping schenkte Taiwan in seiner Gedenkrede zum Jahrestag der Kommunistischen Partei besondere Aufmerksamkeit. Insbesondere versprach er, „den Versuchen, die sogenannte Unabhängigkeit der Insel zu sichern, einen vernichtenden Schlag zu versetzen.“  
  
Für die Außenpolitik der USA bleibt der Schutz Taiwans eine wichtige Priorität. Die Unterstützung der dortigen Regierung ist auch einer der Punkte des USICA-Gesetzes. Darin fordern die Gesetzgeber eine Stärkung der Beziehungen Washingtons zu Taipeh und anderen militärischen Verbündeten der USA im Pazifik.  
  
Neben Chips und Taiwan werden in der USICA auch neue Sanktionen gegen chinesische Beamte wegen Menschenrechtsverletzungen in Xinjiang, Diebstahl geistigen Eigentums und Cyberattacken in Aussicht gestellt. Das Dokument verbietet US-Offiziellen die Teilnahme an den Olympischen Winterspielen 2022 in Peking und bezeichnet Chinas Politik gegenüber den Uiguren als Völkermord.  
  
**Arbeit für den gesamten Kongress**Damit USICA in Kraft treten kann, muss das Dokument vom US-Repräsentantenhaus gebilligt werden, wo gerade mehrere Projekte zur Konfrontation mit China behandelt werden. Das größte von ihnen ist der so genannte Eagle Act (Ensuring American Global Leadership and Engagement), der fast das gesamte Spektrum der Beziehungen zwischen den USA und China abdeckt – von der technologischen Konfrontation bis hin zur Unterstützung der Demokratiebewegungen in Taiwan und Hongkong.  
  
Hier hat die überparteiliche Zusammenarbeit jedoch wieder einmal Risse bekommen. Die Republikaner weigerten sich, das Eagle-Gesetz zu unterstützen, weil es neben der China-Frage auch eine Klausel zu den Ausgaben für den Klimawandel enthält. Die Republikaner meinen, dass die Umwelt nichts mit der Eindämmung Chinas zu tun hat, während Demokraten meinen, dass die „grünen“ Erfolge der USA genauso wichtig sind wie wissenschaftliche oder militärische Erfolge. Jedenfalls ging der Eagle Act zur Überarbeitung zurück an seinen Autor, den New Yorker Demokraten Gregory Meeks. Es wird erwartet, dass die aktualisierte Version des Dokuments nicht früher als im September erscheinen wird.  
  
Gleichzeitig verabschiedete das Repräsentantenhaus Ende Juni zwei separate Dokumente zur Erweiterung der wissenschaftlichen und experimentellen Forschung. Beide sollen es den USA ermöglichen, sich in der wissenschaftlichen Forschung effektiver gegen China zu stellen. Das eine (National Science Foundation for the Future Act) würde die Mittel für die National Science Foundation erhöhen und ein neues Office of Science and Technology schaffen, und das andere (Department of Energy Science for the Future Act) würde die Forschungs- und Projektmittel für die Wissenschaftsabteilung im Energieministerium erweitern.  
  
**Amerikanische Bürokammern**Peking sieht die Arbeit an solchen Gesetzen negativ und hält den Begriff „chinesische Bedrohung“ selbst für schädlich.  
„Das Ziel der Entwicklung Chinas ist es, dem chinesischen Volk ein besseres und glücklicheres Leben zu ermöglichen“, sagte Wang Wenbin, Sprecher des chinesischen Außenministeriums, und merkte an, dass die Aussagen der USA zu Hongkong, Taiwan und Tibet eine grobe Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas seien.  
  
„Wir fordern den US-Kongress auf, die Entwicklung Chinas und die chinesisch-amerikanischen Beziehungen objektiv und rational zu betrachten, die Prüfung des Gesetzentwurfs (USICA – Anm. TASS) sofort einzustellen und sich nicht mehr in die inneren Angelegenheiten Chinas einzumischen, um die Beziehungen zwischen China und den USA insgesamt und ihre Zusammenarbeit in Schlüsselbereichen nicht zu beschädigen“, so der Diplomat weiter.  
  
Dabei wird die Konfrontation mit China für die Politiker in Washington zu einer Grundlage, die die ideologisch verschiedenen Demokraten und Republikaner einander für ein gemeinsames Ziel näher näherbringen soll.  
  
„Es gibt einen riesigen Unterschied zwischen der Art und Weise, wie die Linke und die Rechte die China-Frage betrachten“, schreibt der Kolumnist der New York Times, Josh Rogin. „Liegt es am Klimawandel? An Kapitalströmen? An der Finanzierung der Technik, der Militärtechnik? An der Förderung von Menschenrechten? Die Realität ist, dass die China-Frage all diese Aspekte und viele andere beinhaltet.“  
Rogin merkt an, dass solange beide Seiten dies nicht erkennen und ihre parteipolitischen Differenzen beiseite legen, der Riss innerhalb des Landes fortbestehen wird. Dies, so der Journalist, diskreditiere gerade das Argument, dass die Demokratie ein anständiges System in der strategischen Konfrontation mit China sei.  
  
The Hill weist seinerseits darauf hin, dass es bei Gesetzen wie USICA nicht darum geht, China anzugreifen, sondern dass sie notwendig sind, um innenpolitische Probleme der USA anzugehen.  
„Sich gegen Menschenrechtsverletzungen der chinesischen Regierung, schlechte Arbeitsbedingungen, militärische Drohungen und räuberische Praktiken zu stellen, sind alles progressive Ideen, die die amerikanischen Werte stärken“, schreibt Nina Palmer, Senior Fellow am Center for American Progress on China, für The Hill.  
  
In jedem Fall haben die USA noch kein umfassendes Dokument zur Konfrontation mit China verabschiedet. Die Gesetzgeber suchen weiterhin nach Kompromissen und beraten sich. Man kann mit Sicherheit sagen, dass ein solches Gesetz zwangsläufig erscheinen wird. Sowohl Republikaner als auch Demokraten sind sich einig, dass wissenschaftliche Durchbrüche und technologische Entwicklungen zum Hauptkriterium werden, das die Führungsrolle eines Landes im 21. Jahrhundert bestimmen wird. Wenn die USA in dieser Hinsicht hinter China zurückbleiben, droht ihnen nicht nur ein wirtschaftlicher, sondern auch ein ideologischer Verlust.  
  
*Ende der Übersetzung*